

Anlage 2 zur Vorlage L 68-G 51/17 für die Sitzung der Deputation für Bildung am 17.03.2009.

Entwurf einer Stellungnahme der Deputation für Bildung zum Benchmarking-Bericht 2008

Die Deputation für Bildung begrüßt es, dass mit den Benchmarking-Berichten ein Instrument fortgeführt wird, mit dem Ziele, Zielerfüllungsgrade und Vergleiche mit anderen Städten und Ländern für die Produktbereiche der bremischen Haushalte gebündelt dargestellt werden. Diese Zusammenstellung bietet eine gute Grundlage für die jeweiligen Haushaltsberatungen und für die Steuerung des Aufgabengebiets. In Auswertung der Zahlen wird insbesondere auf folgendes hingewiesen:

1. Aufwendungen:

Im Gegensatz zur Bundesentwicklung (steigende Ausgaben je Schüler) sind in Bremen die Ausgaben je Schüler tendenziell gesunken und liegen 2006 wie auch bereits 2005 deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Stadtstaaten bzw. auch dem Vergleichswert des „PISA-Gewinners“ Sachsen und entsprechen mittlerweile dem Bundesdurchschnitt.

Ausgaben je Schüler/-in an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen			
Land	1995	2006	Differenz
Bremen	5.200	4.900	-300
Hamburg	5.900	5.900	0
Berlin	5.100	5.800	700
Baden-Württemberg	4.400	5.000	600
Bayern	4.400	5.000	600
Hessen	4.200	4.800	600
Niedersachsen	4.500	4.700	200
Nordrhein Westfalen	4.200	4.500	300
Rheinland-Pfalz	4.200	4.700	500
Saarland	4.200	4.300	100
Schleswig-Holstein	4.400	4.700	300
Mecklenburg-Vorpommern	3.600	4.500	900
Brandenburg	3.500	4.600	1.100
Sachsen	3.600	5.300	1.700
Sachsen-Anhalt	3.800	5.500	1.700
Thüringen	4.000	5.800	1.800
Bundesgebiet	4.300	4.900	600
Rang Bremen	2	8	

Der Rückgang der Gesamtausgaben ist insbesondere auf die Einsparungen im Personalbereich zurückzuführen. Im Jahr 2006 waren die Personalausgaben je Schüler/-in mit 4.200 € um 400 € je Schüler/-in niedriger als bei der erstmaligen Ausweisung dieser Kennzahl im Jahr 1997¹. Dies hat sich auch in der Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation als Verschlechterung der Versorgung der Schüler/innen mit Lehrerwochenstunden niedergeschlagen.

Die Schüler-Lehrer-Relation insgesamt lag 2006 in Bremen erstmals mit 17,3 Vollzeit-Lehrereinheiten je Schüler/-in deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,9 und noch deutlicher über den Werten der anderen Stadtstaaten. 2007 hat sich dieser Unterschied in

¹ Kennzahl Personalausgaben je Schüler/-in wird erst seit 1997 vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

der Versorgung noch weiter vergrößert. Die Schüler-Lehrer-Relation liegt im Land Bremen bei 17,4 (Stadt Bremen bei 17,6 und Stadt Bremerhaven bei 16,7) wohingegen der Bundesdurchschnitt auf 16,8 gesunken ist.²

2. Abschlüsse:

Der Studienberechtigtenquote (Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung) ist im Lande Bremen mit 48,3% überdurchschnittlich hoch, nach Hessen und Nordrhein-Westfalen die dritthöchste im Ländervergleich.

Die Quote der Abgänger ohne Hauptschulabschluss („Schulabbrecher“) in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung liegt 2006 unter dem vergleichbaren Wert der anderen Stadtstaaten, aber noch etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Die Wiederholerquote war 2006 und 2007 in Bremen mit 3,1% überdurchschnittlich hoch. Leider ist diese Kennzahl häufigeren definitiven Anpassungen unterworfen. Auch die Daten 2007 weisen Lücken auf.³ Insgesamt ist der Ländervergleich in Bezug auf die Gesamtquote für 2007 somit weiterhin nicht aussagekräftig.

3. Besondere soziale Rahmenbedingungen:

Die dargestellten Zahlen sind in einem Kontext von sozialen Rahmenbedingungen zu sehen, die in Bremen deutlich schlechter sind als in vielen Vergleichsstädten. Hierzu wird auf die im Bildungsbericht 2008 dargestellten 3 familiären Risikolagen verwiesen⁴. Die familiären Ausgangsbedingungen sind demnach im Ländervergleich in Bremen im Gesamtbild am schwierigsten. Der Anteil an Kindern, deren Eltern einen schlechten Bildungsstand, d.h. keine Berufsausbildung haben, ist mit 27,9% deutlich höher als in anderen Stadtstaaten und im Bundesdurchschnitt. 26,9% der Kinder werden in Haushalten groß, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist und deutlich über 30% der Kinder im Land Bremen wächst in Armut auf. Mit nahezu 10% ist der Anteil der Kinder, die Haushalten leben, die alle drei Risikolagen aufweisen, im Ländervergleich am höchsten. Diese schwierigen Ausgangsbedingungen stellen eine besondere Herausforderung für den Schulbetrieb und die Schulorganisation dar.

4. Datenlage:

Für ein Benchmarking im Bildungsbereich können mit Ausnahme der Bewirtschaftungsdaten nur Vergleichsdaten auf Basis der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes bzw. regelmäßigen Erhebungen der Kultusministerkonferenz herausgezogen werden. Dies führt dazu, dass die Zahlen teilweise bis zu drei Jahre alt sind. Die Datenlieferung für weitere Benchmarking-Berichte ist abhängig von der Erhebung durch die genannten Organisationen.

Im Gegensatz zu den vorherigen Berichten ist 2008 neben dem Bundesdurchschnitt der Stadtstaatendurchschnitt als Vergleichsmaßstab dargestellt worden, was beibehalten werden sollte.

² Öffentliche und private allgemeinbildende und berufliche Schulen

³ Einige Bundesländer haben nach Einführung der flexiblen Eingangsphase für die Klassen 1 und 2 keine Wiederholer mehr gemeldet bzw. diese Kennzahl nicht an Schulen mit flexibler Eingangsphase erhoben. In Bremen sind die Wiederholer noch vollständig erhoben worden. Für Niedersachsen liegen ferner keine Wiederholerzahlen im Sekundarbereich II vor.

⁴ Die Risikolagen beschreiben die familiären Rahmenbedingungen für Kinder aus verschiedenen Blickrichtungen:

Soziale Risikolage: Es wird dargestellt, wie hoch der Anteil an Kindern ist, die in Haushalten groß werden, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist.

Kulturelle Risikolage: Es wird dargestellt, wie hoch der Anteil an Kindern ist, die in einem Haushalt groß werden, in dem kein Elternteil über einen Abschluss im Sekundarbereich II (beruflich oder allgemeinbildend) oder höher verfügt. Insbesondere sind hier Eltern erfasst, die keine Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Ökonomische Risikolage: Es wird dargestellt, wie hoch der Anteil an Kindern ist, der in einer Familie aufwächst, deren Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt.